


C	Gelb hinterlegte Felder führen jene Textbausteine des Kriteriums an, die in die Ausschreibungsunterlagen integriert werden müssen!
	
C. Steine	
Einhaltung ILO - Kernkonventionen	
22.01.2011 Florian Schönthal-Guttmann	
Vorbemerkung	<p>Die Berücksichtigung sozialer Kriterien in Ausführungsbestimmungen wird von Seiten der Europäischen Kommission ausdrücklich für zulässig erklärt.</p> <p>Die Verpflichtung zur durchgehenden Einhaltung der ILO-Kernkonventionen von Unternehmen in der Zuliefererkette in Form einer Ausführungsbestimmung kann im Spannungsverhältnis zur Frage nach der Zurechenbarkeit von Fehlverhalten zum Bieter als Lieferant stehen. Laut den Materialien zum kürzlich novellierten deutschen Vergabegesetz (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, GWB) „kann der Auftraggeber die Vorgabe der Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen bei Importen für die gesamte Lieferkette bis ins Ursprungsland erstrecken“.</p> <p>Nähere Informationen: zum rechtlichen Hintergrund [sheet I/D]; zur Nutzung als Kriterium [sheet II/C]</p>
Festlegung Ausschreibungsgegenstand	"Lieferung von Granitstein aus sozial fairer Produktion"
Präambel	<p>Nach Artikel 177 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft fördert die Gemeinschaft mit ihrer Politik im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer. In diesem Zusammenhang wurde der Faire Handel in Europa schon früh als „effizienteste Art der Entwicklungsförderung bezeichnet“ (Entschließung des Europäischen Parlaments zum fairen Handel aus 1998).</p> <p>Steine werden oft unter menschenverachtenden Arbeitsbedingungen abgebaut. Besteht auch die öffentliche Hand beim Einkauf oder Einsatz von Steinen auf die Einhaltung der ILO – Kernarbeitsnormen in der Produktion, trägt sie damit aktiv zu besseren weltweiten Arbeitsbedingungen und zur Armutsminderung in diesem Sektor bei.</p> <p>Nunmehr sollen sozial faire Aspekte auch im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens des < Name Auftraggeber > verstärkt berücksichtigt werden.</p> <p>Vergaberechtlicher Anknüpfungspunkt ist §19 Abs6 BVergG 2006, wonach auf Maßnahmen zur Umsetzung sozialpolitischer Belange insbesondere in der Berücksichtigung derartiger Aspekte durch die Festlegung von Bedingungen im Leistungsvertrag Bedacht genommen werden kann.</p>
Eine Präambel ist rechtlich nicht erforderlich, trägt aber zur Steigerung der Transparenz und Bewusstseinsbildung bei öffentlichen BeschafferInnen bei. So vorhanden, kann hier	

zusätzlich auch auf etwaig vorliegende themenbezogene Entschliefungen oder Beschlüsse der Beschaffungsstelle und / oder übergeordneter Gebietskörperschaften verwiesen werden.	
Textbaustein Kriterium / Ausführungsbestimmung im Vertrag bzw. als separate Ausführungsbestimmung	Der / die BieterIn verpflichtet sich, ausschließlich Produkte zu liefern / einzusetzen, die unter Einhaltung der u.a. ILO - Kernkonventionen produziert wurden: a) Übereinkommen 87 - Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948 b) Übereinkommen 98 - Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949 c) Übereinkommen 29 - Zwangsarbeit, 1930 d) Übereinkommen 105 - Abschaffung der Zwangsarbeit, 1957 e) Übereinkommen 100 - Gleichheit des Entgelts, 1951 f) Übereinkommen 111 - Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958 g) Übereinkommen 138 - Mindestalter, 1973 h) Übereinkommen 182 - Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999
Textbaustein Nachweis	Der/die AuftragnehmerIn ist verpflichtet, die Einhaltung der o.a. Ausführungsbestimmung nachzuweisen. Der Nachweis erfolgt <ul style="list-style-type: none"> ▶ durch Zertifizierung des Produkts mit dem Xertifix-Gütesiegel, ▶ subsidiär jeder gleichwertigen unabhängigen Zertifizierung, ▶ subsidiär der Mitgliedschaft in der Multistakeholder-Initiative xxx bzw. ▶ subsidiär einer Beschreibung sämtlicher Informationen, Maßnahmen, Aktivitäten des Auftragnehmers / der AuftragnehmerIn sowie die Beilage verfügbarer Unterlagen (z.B. Monitoringbericht, nationale Bescheinigungen etc.), welche die die Einhaltung der ILO-Kernkonventionen im Produktionsprozess nachweisbar belegen. Der/die AuftraggeberIn ist berechtigt, weiterführende Erkundigungen einzuholen.
Ob und wie weit man zur Einhaltung einer Ausführungsbestimmung schon im Zuge der Ausschreibung Nachweise einfordern kann, ist nicht völlig geklärt. Der Logik einer Ausführungsbestimmung entsprechend könnte der 1. Satz der o.a. Passage auch folgend formuliert werden: „Der/die AuftragnehmerIn muss die Einhaltung der o.a. Kriterien zur sozial fairen Produktion <i>mit Lieferung / Einsatz des Produktes</i> wie folgt nachweisen: ...“	
Textbaustein Vertragsbestimmung im Vertrag bzw. als separate	§ < X > § XY Vertragsstrafe

Bestimmung in der Ausschreibungsunterlage	<p>Im Falle einer durch den Auftraggeber nachweislich festgestellten Verletzung der Ausführungsbestimmung zur Einhaltung der ILO-Kernkonventionen gem. Ausschreibungsunterlage Punkt < x > ist dem Auftraggeber eine Vertragsstrafe von 2 % der Auftragssumme (zuzüglich geltender USt.) für jenes Halbjahr zu entrichten, in welchem die Verletzung festgestellt wurde,</p> <p>Der / die AuftragnehmerIn nimmt zur Kenntnis, dass diese Verpflichtung darüber hinaus in allen Belangen den für diesen Vertrag geltenden sonstigen Bestimmungen zur Nicht- oder Schlechterfüllung der Leistung unterfällt.</p>
<p>Bei Nicht- oder Schlechterfüllung der - vertraglich vereinbarten - Ausführungsbestimmung kann der Auftraggeber auf Erfüllung bestehen oder Gewährleistungsrechte (z.B. Preisminderung) geltend machen. Darüber hinaus können Sanktionen - wie hier z.B. eine Vertragsstrafe - für den Fall vorgesehen werden, dass der/die AuftragnehmerIn die Pflichten zur Einhaltung verletzt.</p>	